

Alt Tellin, 6.10.2010

**Bürgerinitiative *Rettet das Landleben am Tollensetal* informiert:**

**Ferkelfabrik genehmigt – Unser Widerstand geht weiter!**



Seit vier Jahren wehren wir uns schon gegen die geplante Sauenanlage am Tollensetal, die von einem großen Teil der Bevölkerung abgelehnt wird.

Jetzt ist das Genehmigungsverfahren „mit Öffentlichkeitsbeteiligung nach dem Bundes-Immissionschutz - Gesetz (BImSchG)“ vorüber. Und wie schon der Name sagt, steht am Ende die Genehmigung. Wir haben natürlich auf einen anderen Ausgang gehofft, aber wo der politische Wille die Anlage will, stehen die Chancen für die Bürger schlecht.

Natürlich werden wir die erteilte Genehmigung juristisch prüfen lassen. Und selbstverständlich werden wir Bau und Betrieb der Anlage auch so gut wie möglich beobachten, denn der „Investor“ ist bisher nicht gerade durch besondere Zuverlässigkeit bei der Einhaltung erteilter Auflagen und Beschränkungen aufgefallen.

Noch wichtiger ist aber, dass wir im Rahmen des Landesnetzwerks und des Bundesnetzwerks „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ weiterhin an einer Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen mitarbeiten werden.

Was wir in den letzten Jahren über die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung im Genehmigungsverfahren gelernt haben, sollen möglichst alle Bürger erfahren. Zum Beispiel, dass das Tierschutzgesetz schöne Worte findet, aber Tiere leider nicht klagen können. Deshalb muss ein Verbandsklagerecht eingeführt werden, weil sonst die schönen Worte nur Beruhigungspillen sind. Die tierquälerischen Haltungsbedingungen werden nämlich einfach genehmigt.

Oder dass mittlerweile Raumordnungsverfahren in MV zur Regel werden, wenn die Anlagen nach BImSchG geprüft werden müssen. Sicher ein wichtiger Erfolg unserer gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit im Netzwerk. Für die Riesen - Anlage in Alt Tellin war uns ein solches Verfahren noch verwehrt worden.

Letztlich geht es bei allem aber darum, was wir als Bürger uns an Zumutungen bieten lassen.

Solange wir uns nicht wundern, warum 20 Jahre „Vorfahrt für Landwirtschaft“ für uns Arbeitslosigkeit und sterbende Dörfer bedeuten, solange wird sich auch die Politik nicht ändern.